

## Analyse

**Joanna Mucha** Die Sportministerin ist Polens jüngster Politstar - und steht kurz vor dem Fall. Von Ulrich Krökel, Warschau

# Die Schöne und die Biester

Lässig sitzt sie im hohen Gras, nur mit Stiefeln, Trägershirt und Sommerjacke bekleidet. Der Beinansatz ist unverhüllt. Träumerisch haucht die junge Frau die Samen einer Pustelblume ins Sonnenlicht. In dieser Pose liess sich Joanna Mucha vor anderthalb Jahren für das polnische Lifestyle-Magazin «Pani» («Frau») fotografieren. Und sie bekannte: «Mein Aussehen hat mir alle Türen geöffnet.»

Zuletzt öffneten sich für die 35-jährige Abgeordnete die Tore zur ganz grossen politischen Karriere. Ministerpräsident Donald Tusk machte Mucha nach seiner Wiederwahl im Herbst nicht nur zur Sportministerin. Die dunkelhaarige Schöne mit dem Schleierblick sollte auch zum Gesicht der Regierung werden: modern, unabhängig, erfolgreich und attraktiv.

Doch etwas ist schiefgelaufen. Nicht einmal hundert



Tage nach ihrem Amtsantritt steht die Ministerin vor dem Rauswurf. «Mucha zieht die Regierung runter», titelte die Zeitung «Rzeczpospolita», als Umfragen Tusk ein historisches Stimmungstief signalisierten. «Sie ist zum Abschied freigegeben», glauben politische Beobachter, ohne recht sagen zu können, was Mucha vorzuwerfen ist.

Unstrittig ist, dass die junge Ministerin von Anfang an vor einer Herkules-Aufgabe stand: Die schöne Joanna sollte den Augiasstall der korruptionsverseuchten polnischen Sportwelt ausmisten. Das aber ist eine Welt voller Männer, die sich ihre eigenen Spielregeln schreiben. Kaum war Mucha im Amt, erschütterte ein Bestechungskandal den Fussballverband PZPN. Hauptverdächtiger war PZPN-Chef Grzegorz Lato, der Held der legendären

WM-Mannschaft von 1974. Dessen Gegner veröffentlichten einen illegalen Tonbandmitschnitt, um zu beweisen, dass Lato korrupt sei. Ein hässlicher Skandal nahm seinen Lauf. Mucha versprach Aufklärung. Am Ende aber musste sie mitansehen, wie Lato seinen Generalsekretär als Bauernopfer darbrachte und die Affäre für beendet erklärte.

All das ereignete sich sieben Monate vor Beginn der Fussball-Europameisterschaft, die Polen im Juni gemeinsam mit der Ukraine ausrichtet. Bei der Vorbereitung war fast alles schiefgelaufen, was nur schieflaufen konnte. Joanna Mucha aber - auch diese Aufgabe hatte Tusk seiner Vorzeigeministerin gestellt - sollte für einen Stimmungsumschwung sorgen oder zumindest schöne Miene zum bösen Spiel machen. Viel spricht dafür, dass die 35-jährige Mutter zweier Söhne dabei an Grenzen gestossen ist.

Mucha gilt als ehrgeizig. «Mit 13 habe ich mir Reisen selbst finanziert», erzählt sie über ihre Jugend in Plonsk bei Warschau. Die promovierte Gesundheitsökonomin weiss seither, was sie will. Im vergangenen Juli liess sie sich scheiden und lebt seither mit einem anderen Mann zusammen, während die 11 und 15 Jahre alten Kinder beim Vater wohnen.

«Ich mache mein Ding», sagt Mucha. Vor dem Karrieresprung im Herbst sagte sie aber auch: «Mir ist bewusst, dass mir im Leben und der Politik manches nicht zugänglich ist, weil ich eine Frau bin und man mich stets durch das Prisma meines Aussehens wahrnimmt.» Zuvor war sie, wie stets im Spätsommer, mit neuer Frisur aus den Parlamentsferien zurückgekehrt. Polens Boulevardmedien lieben sie dafür. Die Alpathiere in Politik und Sport aber sehen darin nur eines: ein Zeichen weiblicher Schwäche.

**Streubomben** Hunderttausende in der Schweiz sind Mitbesitzer von Streubomben. Unwissentlich. Von Christian Schmidt\*

## Wir sind alle ein wenig Kindermörder

Nie wäre ich auf die Idee gekommen, dass ich selbst Waffen besitze. Aber seit kurzem bin ich für die Stiftung Welt ohne Minen tätig, ehrenamtlich, und da es dafür eine blütenweisse Weste braucht, klopfte ich mein Leben darauf ab, ob es irgendwelche Verbindungen zu solchen Kriegsgeschäften gibt.

Es gibt sie: Ich besitze Streubomben. Was das genau ist, habe ich mir mit Youtube-Filmchen im Internet erklären lassen: Aus einer einzelnen grossen Bombe fallen bis zu 400 kleine. Explodieren sie nicht sofort, bleiben sie liegen und werden zu Landminen. Besonders betroffen sind Kinder. Sie heben die kleinen Bomben auf, weil sie damit spielen wollen oder weil einige Fabrikate ein ähnliches Gelb haben wie von den UNO abgeworfene Nahrungsmittelerationen. Das war es dann.

Streubomben hat letztmals Muammar Ghadhafi eingesetzt. Gegen sein eigenes Volk. An diesem Geschäft mit dem Tod bin ich beteiligt, weil ich mein Geld bei drei Banken habe: CS, UBS und ZKB. Alle diese Institute sind, ohne dass es auf Anhieb zu erkennen wäre, in diesem Business aktiv.

### Schweizer Banken investieren

Die Credit Suisse macht mich zum Streubombenförderer, weil ich Anteile ihres Fonds CS ETF S&P 500 gekauft habe. Unter den 500 in diesem Fonds enthaltenen Firmen befindet sich auch der Primus unter den Streubombenherstellern, Textron aus Wilmington, Massachusetts, USA. Damit gehört mir ein Teil dieses Unternehmens. Zudem habe ich in meinem Portfolio UBS-Aktien. Auch über diese Papiere bin ich an Textron beteiligt; denn aktuell besitzt die UBS rund 9 Millionen Anteile an Textron. Und noch die ZKB: Meine Hausbank macht über ihre Anlagefonds ebenfalls bei Textron mit, zumindest tat sie das bis Herbst 2011. Ihre Beteiligung hat sie aber nicht aus moralischen Überlegungen verkauft, sondern aufgrund «einer veränderten Einschätzung des Marktes». Einen Teil des Zinses, den ich im vergangenen Jahr für mein dort hinterlegtes Geld erhielt, generierte die Bank also aus ihren Gewinnen mit dem Streubombengeschäft. Die Kantonbank will sich heute nicht distanzieren von dieser Branche. Fast trotzig hält sie auf Anfrage fest, dass Investitionen

«in Rüstungswerte grundsätzlich erlaubt sind». Die beiden Grossbanken CS und UBS hatten bereits 2010 ihren Rückzug aus dieser Sparte angekündigt. Das haben sie aber nicht getan, zumindest nicht konsequent. Die UBS investiert - im «Kundenauftrag», wie sie entschuldigend festhält - weiterhin in Textron, und zwar so massiv, dass sie zu den zehn grössten institutionellen Anlegern zählt.

Die CS hat inzwischen zwar tatsächlich alle eigenen Beteiligungen abgestossen, sie kauft auch im Rahmen der Vermögensverwaltung keine Aktien mit Bezug zu Streumunition, aber sie hält an ihrem ETF-Fonds mit Textron fest. Und sie hat Ende November 2011 in New York eine Konferenz zum Thema Rüstung organisiert, bei der sich auch Streubombenhersteller von ihrer besten Seite zeigen konnten. Weshalb, wenn man nichts mehr mit dieser Branche zu tun haben will?

Als Stiftungsrat bei Welt ohne Minen bleibt mir nichts anderes übrig, als die entsprechenden Wertschriften abzustossen. Ein Protest, von dem ich mir wünsche, dass er zum Massenprotest wird; denn natürlich bin ich nicht der Einzige in dieser Situation. In der Schweiz leben 300 000 UBS-Shareholder; am CS-Fonds mit einem Volumen von 700 Millionen Dollar ist eine beachtliche Anzahl von Personen mit Sitz in der Schweiz beteiligt, ebenso am ZKB Vision Fonds. Der Besitz von Streubomben ist damit so fein verteilt wie Wassertröpfchen in einer Wolke. Erst das Zusammenspiel dieser Tröpfchen macht es möglich, dass es regnet - Bomben regnet.

### Auf dem Papier gut

Besonders stossend ist das alles, weil unser Parlament in der bevorstehenden Frühjahrsession die Konvention zur Ächtung von Streubomben und Landminen mit grosser Wahrscheinlichkeit ratifizieren wird. Auf dem Papier schlagen wir uns damit auf die Seite der Guten, aber in Tat und Wahrheit bleiben wir zutiefst mit dem todbringenden Geschäft verstrickt. Das macht neben den Banken auch uns Kunden zu Kindermördern. Wollen wir das?

\* Der Autor ist freier Journalist und Stiftungsrat von Welt ohne Minen.

**Lateinamerika** Regierungen und organisiertes Verbrechen gefährden Pressefreiheit und Fortschritt einer Weltregion. Von Sandro Benini, Mexico City

## Die Freiheit hat zwei Feinde

Noch vor dreissig Jahren herrschte in den meisten Staaten Lateinamerikas eine Diktatur, heute gilt dies nur noch für Kuba. Noch vor zwanzig Jahren ging das Gespenst der Hyperinflation und des Staatsbankrotts um, heute weisen fast alle lateinamerikanischen Länder ökonomische Eckdaten aus, um die sie fast jede europäische Regierung beneidet.

Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung ist zwar noch immer hoch, sinkt aber beständig und hat mit dreissig Prozent einen historischen Tiefstwert erreicht. Die zivilisatorischen Fortschritte der Weltregion sind unverkennbar - doch was die Pressefreiheit angeht, hat sich die Lage in jüngster Zeit verschlechtert. Dem kritischen Journalismus stehen in Lateinamerika gleich zwei einflussreiche Feinde gegenüber: populistische - vor allem linkspopulistische - Regierungen zum einen und das organisierte Verbrechen zum anderen.

### 40 Millionen Schikane

Vergangene Woche hat das oberste Gericht in Ecuador ein Urteil bestätigt, wonach die drei Besitzer sowie ein Mitarbeiter der traditionsreichen Zeitung «El Universo» dem Staatspräsidenten Rafael Correa 40 Millionen Dollar Busse bezahlen müssen. Ausserdem sollen die Journalisten für drei Jahre ins Gefängnis.

Der Kolumnist Emilio Palacio hatte Correa vorgeworfen, bei einer Polizeirevolte 2010 den Beschuss eines Spitals befohlen zu haben, worauf der Präsident auf Rufmord klagte. Während die Verurteilten ins Ausland geflüchtet sind, zeigten sich internationale Presseorganisationen entsetzt über das Urteil.

In Venezuela ist es den Medien gesetzlich verboten, Meldungen zu verbreiten, die unter der Bevölkerung Unruhe schüren könnten. Weil der oppositionelle Fernsehsender Globovisión über einen Gefängnisaufruf berichtete, wurde er kürzlich zu einer Strafe von zwei Millionen Dollar verurteilt. Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch ist die Pressefreiheit innerhalb Südamerikas nirgendwo stärker eingeschränkt als in Ecuador und Venezuela.

Fragwürdig sind die Zustände aber auch in Argentinien, wo sich der Staat das Monopol über die Papierherstellung gesichert hat und zu befürchten ist, dass die Regierung dies in ihrer seit Jahren dauernden Fehde gegen die



Solche Empörung ist selten: Proteste für die Medienfreiheit in Venezuela. Foto: Reuters

## Die Angriffe auf die Pressefreiheit lassen viele kalt. Medien gelten oft als nicht ehrenhaft.

kritischen Zeitungen «Clarín» und «La Nación» einsetzt. Nicht so sehr um ihre Freiheit oder Unabhängigkeit als vielmehr um ihr Leben müssen Journalisten in Mexiko, Brasilien, Kolumbien, Honduras und Guatemala fürchten - jenen Ländern, in denen seit 2000 am meisten Medienschaffende ermordet wurden. Mit 87 Toten nimmt Mexiko den Spitzenplatz ein, gefolgt von Kolumbien mit 65. Vor allem Lokalzeitungen, die in von Drogengangs umkämpften Gebieten ansässig sind, betreiben eine rigorose Selbstzensur.

Einen weltweit wohl einmaligen Notruf stiessen vor eineinhalb Jahren die Redaktoren der Zeitung «El Diario de Juárez» aus: In einem Artikel wandten sie sich an die Drogenkartelle. «Da ihr in dieser Stadt de facto die Macht übernommen habt, fragen wir euch, wie wir uns verhalten sollen, damit

keiner unserer Kollegen mehr zum Opfer eurer Gewalt wird.»

Von besonders spektakulären Fällen abgesehen - etwa die vor fünf Jahren erfolgte Schliessung eines regierungskritischen Fernsehsenders in Venezuela -, reagiert die Öffentlichkeit erstaunlich gelassen auf die Bedrohung der Pressefreiheit. Das hat mehrere Gründe. Immer wieder lassen sich Medienkonzerne als Propagandatrompeten für politische Parteien missbrauchen, was die Ehrenhaftigkeit des Berufsstands in den Augen der Bevölkerung untergräbt.

Obwohl es in Lateinamerika hervorragende Zeitungen gibt, ist deren Lektüre wenig verbreitet. In Mexiko mit seinen über 110 Millionen Einwohnern liegt die Auflage der grössten Zeitungen bei gut 150 000 Exemplaren - weniger als jene des «Tages-Anzeigers» (rund 195 000). Und in den Ländern, in denen sich Drogenbanden bekämpfen, haben die Mordmeldungen viele abgestumpft - das gilt auch dann, wenn ein Journalist umgebracht wird. Nicht zuletzt ist die Einschränkung der Pressefreiheit aus der Sicht all jener, die täglich ums Überleben kämpfen müssen, ein Luxusproblem.